

## Kommentare

STEFAN KEGEL

## Unsere beschmutzte Freiheit am Hindukusch



Fünfundfünfzig Soldaten der Bundeswehr sind Opfer des Afghanistan-Einsatzes geworden. Acht Milliarden Euro deutsches Steuergeld hat er gekostet. Das also ist der Preis dafür, dass das deutsche Militär mehr als ein Jahrzehnt lang darum gekämpft hat, „unsere Freiheit auch am Hindukusch“ zu verteidigen. Welch ein Zynismus, dieser Satz des inzwischen verstorbenen Verteidigungsministers Peter Struck!

Was hat denn dieser angebliche Freiheitskampf gebracht? Das südasiatische Land wurde zunächst bombardiert, um die dort versteckte Al-Kaida-Führung zu töten und die radikalislamischen Taliban zu vertreiben – was nur teilweise gelang. Dafür zeigte sich die Stabilisierungstruppe ISAF gern beim Bohren von Brunnen und als Bewacher des Straßenbaus. Unter ihren wachsamem Augen durften Mädchen wieder zur Schule gehen und Frauen ihren Ganzkörperschleier ablegen. Ist das nichts?

Doch, das ist ein Fortschritt, den man würdigen muss, wenn man auf die Afghanistan-Mission zurückblickt. Doch auch heute reicht die Macht des Präsidenten kaum über Kabul hinaus. Der Rest des Landes versinkt in Korruption, ist nach

wie vor der größte Opiumlieferant der Welt, und die Taliban sind unverändert stark. Gleichzeitig starben Zehntausende Menschen, Zivilisten – viele von den Händen der Taliban, doch zahlreiche eben auch bei fehlgeleiteten Einsätzen der ISAF. Man denke nur an die Bombardierung zweier Tanklaster mit mehr als 100 Toten in Kundus, die ein deutscher Oberst befehligte. Krieg ist schmutzig. Und das ändert sich auch nicht dadurch, dass die Bundeswehr daran teilnimmt.

Wenn also die deutsche Politik nach der Afghanistan-Mission im Zuge ihrer selbst gefühlten wachsenden Rolle in der Welt zu noch mehr Einsätzen des deutschen Militärs drängt, dann wäre sie gut beraten, dies nicht weiterhin über die Köpfe ihrer Bürger hinweg zu tun. Eine jüngste Umfrage zeigt, dass mehr als die Hälfte der Deutschen gegen weitere Kampfeinsätze ihrer Soldaten im Ausland ist. Und das liegt nicht an der angeblichen Hasenfüßigkeit der Deutschen, wie von interessierter Seite gern unterstellt wird, sondern an der Erfahrung zweier Weltkriege und der Erkenntnis, dass Krieg immer neuen Hass schürt, statt Länder zu befrieden. Und die Opfer meist Unschuldige sind.

## Fälschen – ein Kinderspiel

Eine simple Digitalkamera genügt: Der Chaos Computer Club hat mit einem fotografierten Fingerabdruck der Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erneut bewiesen, wie einfach es ist, sich biometrischer Daten zu bemächtigen. Noch nicht einmal ein von der ausspionierten Person angefasster Gegenstand ist mehr nötig, um das zu bewerkstelligen.

Die Kritik ist nicht neu und wird wahrscheinlich im Nichts verhallen, denn bereits vor sechs Jahren präsentierten die Hacker einen von einem Glas genommenen Fingerabdruck des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble.

## Flucht aus der Verantwortung

Zwei Regierungschefs, eine gemeinsame Haltung: Beim BER will man sich nur ja nicht die Hände schmutzig machen und bleibt auf Distanz. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke hat von Anfang an klar gemacht, dass er nicht gedenkt, in den Aufsichtsrat des Flughafenbetreibers einzuziehen. Nun lässt Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller verlauten, er wolle nicht Vorsitzender des Gremiums werden. In beiden Fällen ist das nichts anderes als eine Flucht aus der Verantwortung. Denn die Suppe, die sich die Politik mit dem 5,4-Milliarden-Euro-Projekt – wenn es bei dieser Summe bleibt – eingebrockt hat, sollte sie nun auch auslö-

fen. Und nicht die Arbeit in erster Linie Staatssekretäre und Referenten erledigen lassen.

Nun sucht man einen unabhängigen Experten, der das Aufsichtsgremium leiten soll. Das klingt zwar im ersten Moment vernünftig. Nur wird ein solcher Experte schnell allein da stehen, wenn es darum gehen sollte, politisch heikle Entscheidungen zu treffen. Dass die bisherigen beiden Politiker in dieser Position, Klaus Wowereit und Matthias Platzeck, in ihrer Aufsichtsfunktion versagt haben, heißt nicht, dass man es nicht besser machen könnte. Müller und Woidke sollten den Ehrgeiz haben, das zu beweisen. MICHAEL GABEL

## Gesagt ist gesagt



„Politiker, die Angst vorm Volk haben, sind wie wasserscheue Fische.“

SPD-Bundestagsfraktionschef Thomas Oppermann im „Spiegel“ zu seiner Forderung nach mehr Volksentscheiden, um zwischen Wahlen eine höhere Bürgerbeteiligung zu sichern

## „Die Folgen des Klimawandels werden weltweit immer deutlicher“

Die Potsdamer Forscherin Katja Frieler zu den Verhandlungen in Lima, ehrgeizigen Zielen und Kohlestrom

Der Ausstoß von Treibhausgasen nimmt weltweit zu. Ein Weltklima-Abkommen soll 2015 eine Trendwende einleiten. Über die Vorbereitung dieses Vertrages und die Folgen des Klimawandels sprach INA MATTHES mit Katja Frieler vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Frau Frieler, 2014 ist ein ziemlich warmes Jahr. Gibt es einen neuen Temperaturrekord?

Es sieht danach aus. Von Januar bis Oktober wurden weltweit die höchsten Temperaturen seit Beginn der Aufzeichnungen gemessen. Wenn die Daten für die letzten Monate des Jahres auch in diesem Bereich liegen, dann ist das ein neuer Rekord.

Die mittleren Temperaturen sind seit 1900 um 0,8 Grad gestiegen. Welche Auswirkungen hat das?

Die Folgen des Klimawandels werden weltweit immer deutlicher. Wir verzeichnen eine Zu-

## Montags-INTERVIEW

nahme von Hitzewellen wie jene 2003 in Europa, 2009 in Australien und 2010 in Russland, wo auch verheerende Waldbrände auftraten. Das arktische Meereis schwindet in den Sommermonaten drastisch. Die Ozeantemperaturen steigen. Das führt zu einer wachsenden Gefahr starker Tropenstürme. Der Taifun Haiyan 2013 auf den Philippinen ist wahrscheinlich der stärkste tropische Wirbelsturm, der seit Beginn der Messungen die Küste getroffen hat. Auch wenn nicht jeder einzelne Sturm auf den Klimawandel zurückzuführen ist, sehen wir doch, dass die besonders starken Tropenstürme insgesamt zugenommen haben.

Ein Weltklimaabkommen soll diesen Trend stoppen. In Lima sind jetzt die Eckpunkte ausgehandelt worden. Umweltschützer bezeichnen die Festlegungen zur CO<sub>2</sub>-Minderung aber als zu vage. Wie bewerten Sie die Ergebnisse von Lima?

Es ist eine Basis, um weiterzuarbeiten. Ziel ist, Ende 2015 in Paris ein neues globales Abkommen zu verabschieden. In der Tat ist der Text von Lima an vielen Stellen noch sehr vage formuliert. Wichtig ist aber, dass die Staaten nun aufgefordert sind, bis März 2015 nationale Vorgaben zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen vorzulegen. Das Sekretariat der Vereinten Nationen hat zudem den Auftrag erhalten, diese bis Anfang November 2015 in Bezug auf ihre Gesamtwirksamkeit hin zu beurteilen. Dann kann vielleicht auch noch nachgebessert werden. Hoffnung macht auch, dass



Erforscht die Folgen des Klimawandels: Katja Frieler vom Potsdamer Klima-Institut.

Foto: PIK

die USA, China und die EU ihre Vorhaben zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes bereits in Vorfeld der Konferenz verbessert haben.

Was muss die Konferenz in Paris 2015 beschließen, damit der Klimawandel gebremst wird?

Wir können nur eine bestimmte Menge an Treibhausgasen ausstoßen, wenn wir eine Erwärmung über zwei Grad nicht überschreiten wollen. Und dieses Emissions-Budget ist bereits zu zwei Dritteln ausgeschöpft. Langfristig müssen die Staaten sich also auf ein Null-Emissions-Ziel einigen. Im Textentwurf von Lima ist ein solches Element zumindest als Vorschlag aufgenommen, die Entscheidung darüber steht aber noch aus. Ein wichtiger Schritt zum Erreichen eines solchen Ziels wäre, Elektrizität möglichst CO<sub>2</sub>-frei zu erzeugen, also aus erneuerbaren Quellen.

Was ist unter Null-Emission zu verstehen?

Das bedeutet, kein zusätzliches Kohlendioxid mehr in die Luft zu entlassen. In manchen

Bereichen lassen sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen besonders schlecht vermeiden. Der Ausstoß dort müsste dann ausgeglichen werden, indem anderswo CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre entnommen wird, zum Beispiel durch Aufforstung oder den Einsatz von CO<sub>2</sub>-Abscheidungs- und Speicherverfahren in Kombination mit Biomassekraftwerken.

Wie viel Zeit bleibt uns noch zum Handeln, wenn wir das Zwei-Grad-Ziel halten wollen?

Wenn wir so weiter machen wie 2014, dann ist die Menge an Treibhausgasen, die wir noch ausstoßen dürfen, in 30 Jahren erreicht. Je länger wir warten, umso stärker müssen wir später reduzieren, umso schwieriger, teurer und riskanter wird es dann. Wichtig wäre daher, bis 2020 ein spürbares Umsteuern hinzubekommen.

Was passiert, wenn die Erwärmung über die Grenze von zwei Grad steigt?

Dann steigen die Risiken. Dabei geht es nicht um ein Zehntelgrad mehr oder weniger, aber die zwei Grad markieren eine

Grenze, unter der wir die Folgen des Klimawandels hoffentlich noch handhaben können. Wir wissen beispielsweise nicht genau, wie sich ein steigender Meeresspiegel in Kombination mit einer Zunahme von Extremereignissen und möglichem Rückgang landwirtschaftlicher Erträge auf die Gesellschaft auswirken. Besondere Sorgen machen uns die Kippelemente im Klimasystem. Dazu zählt das grönländische Eisschild. Es könnte bei Überschreiten einer bestimmten Temperatur nahezu verschwinden.

Mit welchen Folgen?

Das würde über 1000 Jahre hinweg einen Anstieg der Meeresspiegel um etwa sieben Meter bedeuten. Das ist lang hin, aber den Anstoß dafür geben wir heute. Leider wissen wir nicht ganz genau, bei welchen Temperaturen die Situation zu kippen droht. Selbst unterhalb der Zwei-Grad-Grenze gibt es Risiken.

Das Kohlendioxid, das wir jetzt in die Luft entsorgen, wie lange bleibt das gespeichert?

Nur ein Teil des Kohlendioxids wird von den Ozeanen und der Vegetation aufgenommen. Der andere Teil bleibt tausend Jahre und länger in der Atmosphäre.

Unternimmt Deutschland genau, um das Endlager Atmosphäre zu entlasten?

Deutschland will seine Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent senken. Das ist ehrgeiziger als das Vorhaben der EU, die diese Verminderung bis 2030 erreichen will. Wenn Deutschland das schafft, wäre es ein gutes Beispiel, dass diese Reduzierung machbar ist. Allerdings lagen die Emissionen 2012 und 2013 hierzulande jeweils etwas höher als in den Vorjahren. Das lässt bezweifeln, dass die eigene Vorgabe eingehalten wird.

Wie wird sich der Klimawandel in Brandenburg zeigen? Womit müssen wir rechnen?

Die Klimamodelle sagen eine Zunahme von Starkniederschlägen im Sommer und der Gefahr von Überschwemmungen voraus. Wir müssen mit mehr Hitzewellen rechnen, die länger anhalten und noch höhere Temperaturen erreichen. Dadurch steigt die Gefahr von Waldbränden. Auch das Risiko von Missernten wird wohl steigen. Das zeigt: Auch wir sind nicht sicher vor dem Klimawandel, wenn gleich die Auswirkungen etwa in den Tropen deutlich größer sein werden.

Brandenburg setzt auf Braunkohle. Das ist ein schmutziger Energieträger, aber davon hängen im Land viele Jobs ab. Wie sollte man mit der Braunkohle künftig umgehen?

Aus Sicht der Klimaforschung ist die Braunkohle ein sehr ungünstiger Energieträger. Braunkohle-Kraftwerke setzen bei der Stromerzeugung mehr als doppelt so viel Kohlendioxid frei wie Gaskraftwerke. Die im Report des Weltklimarats IPCC diskutierten Klimaschutzszenarien legen nahe, bis Mitte des Jahrhunderts auf nahezu CO<sub>2</sub>-freie Stromerzeugung umzustellen. Vor diesem Hintergrund ist die Verstromung von Braunkohle ganz offenkundig keine Zukunftstechnologie.

## Zur Person

Katja Frieler (38) ist Mathematikerin und stammt aus Nordrhein-Westfalen. Sie hat in Bielefeld studiert und am Potsdamer Alfred-Wegener-Institut zu Ozon geforscht. Seit 2008 arbeitet die Forscherin am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Sie befasst sich mit Folgen der Klimaänderung und mit Klimamodellen.

## Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

## Unzulässiger Zusammenhang

Zu „Kirche fordert Dialog mit Pediga“ (Ausgabe 23. Dezember):

Ich habe größte Mühe, den angeblichen Zusammenhang zwischen den Äußerungen im Text zur aktuellen Pediga-Diskussion und den „illustrierenden“ Bildern zu früheren Brandanschlägen gegen Asylbewerber oder muslimischen Mitbürgern zu verstehen. In Dresden und anderen Orten bekennen sich zehntausende Bürger ausdrücklich zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und anderen Verfolgten und setzen zugleich ein Zeichen gegen den unmenschlichen Islamismus, der in vielen Ländern dieser Welt grassiert. Mit den von Ihnen gewählten Bildern soll aber offensichtlich wieder

der Kurzschluss „Vorsicht, Nazis“ hergestellt werden. Auf so einer Grundlage kann eine Diskussion gar nicht in Gang kommen. MARKO STELZER BERNAU

Meiner Meinung nach handelt es sich um Bürger, welche unzufrieden mit der derzeitigen Politik sind. In allen Medien wird für die Willkommenskultur und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern geworben und Verständnis gefordert.

Gleichzeitig wird über Geldnot in den öffentlichen Kassen gemurmelt. Da wird die Maut eingeführt, Straßen, Brücken und Schulen können nicht saniert werden, aus Geldnot. Da liest man von Abriss von Wohnmanne und gleichzeitig baut man neue Flüchtlingsunterkünfte. Diese Zusammenhänge können



und wollen Politiker uns kleinem Bürger nicht erklären. K. König Rietz-Neuendorf

## Leid der Opfer bleibt nebensächlich

Zu „Ich bin in Deutschland verbrannt“ (Ausgabe 19. Dezember)

Da darf ein Käufer und Besitzer kinderpornografischer Bilder auf einer Pressekonferenz reden. Ein ehemaliger Bundesstaatsabgeordneter, der sein Verhalten auch noch als legal be-

wertet und klagt, wie schlecht es ihm geht. Da wird ein Untersuchungsausschuss gebildet, der ja wohl nicht für umsonst arbeitet. Wann gilt endlich die Forderung „Opferschutz vor Täterschutz“? Wann berichten die Medien mehr über das Leid der Opfer und stellen nicht immer den Täter in den Mittelpunkt? Herr Edathy hat sich unnormal und sträflich, menschenverachtend verhalten. CHRISTIAN KLAHR Hoppegarten

## Meinungsfreiheit hat ihre Grenzen

Zur Berichterstattung über die Hackeraffäre bei Sony:

Ich verurteile die Terrordrohungen ebenso wie den Film selbst, auch wenn er angeblich als Satire gedacht ist. Die öffent-

liche, wenn auch fiktive, Darstellung der Ermordung eines regierenden Staatsoberhauptes durch den amerikanischen Geheimdienst hat nichts mit Kunst oder Meinungsfreiheit zu tun, sondern verstößt gegen jede Form von Anstand und der so oft zitierten „Political Correctness“. Es muss klar sein, dass auch Meinungsfreiheit ihre Grenzen hat und diese deutlich aufgezeigt werden. Wie wäre denn die Reaktion, wenn statt der Person von Kim Jong Un die Ermordung von Obama durch den nordkoreanischen Geheimdienst Inhalt des Filmes geworden wäre? WINFRIED MARSCHNER Erkner

\* Die Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.